



Presseinformation

Pressesprecherin

Iris Kampf

Tel.: 030 202491-32

Fax: 030 202491-50

E-Mail: iris.kampf@ikkev.de

Berlin, 14. Januar 2026

IKK e.V. fordert sachliche Diskussion über Fehlanreize und Abrechnungspraxis

Zur aktuellen Diskussion um das Pflegebudget meint auch der IKK e.V.: Wer auf Unstimmigkeiten in der Abrechnungspraxis hinweist, sollte dies tun können, ohne sich pauschalen Angriffen auszusetzen. Eine offene, sachorientierte Diskussion über mögliche Fehlanreize ist im Interesse aller Beitragszahlenden, also der Versicherten und Arbeitgeber. Und eine solche Diskussion ist notwendig, um die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung nachhaltig zu sichern!

Das Pflegebudget steigt seit Jahren überproportional, sodass Handlungsbedarf bei der Abgrenzung und Verwendung der Mittel besteht. Die Erfahrungen aus den Abrechnungsprüfungen der Krankenkassen bestätigen, dass die aktuelle Regelung in vielen Fällen zu Unsicherheiten und Fehlanreizen führt. Wenn das Pflegebudget ihr Ziel erreichen soll – nämlich die direkte Stärkung der Pflege am Bett –, dann braucht es klare Definitionen, transparente Nachweise und wirksame Kontrollmechanismen.

Es geht dabei ausdrücklich nicht darum, per sé Kliniken zu diskreditieren. Vielmehr gilt es, gemeinsam in der Selbstverwaltung dafür zu sorgen, dass Beitragsgelder sachgerecht eingesetzt werden. Nur so lässt sich vermeiden, dass Fehlanreize zulasten der Beitragszahlenden entstehen. Der IKK e.V. unterstützt daher den Ansatz, bestehende Regelungen kritisch zu prüfen und gegebenenfalls nachzuschärfen. Eine sachliche, faire Diskussion über notwendige Korrekturen gehört zum Kern eines funktionierenden Gesundheitswesens – dazu müssen alle Beteiligten bereit sein.



Über den IKK e.V.:

Der IKK e.V. ist die gemeinsame Vertretung der Innungskrankenkassen auf Bundesebene. Der Verein wurde 2008 gegründet, um die Interessen seiner Mitglieder und ihrer Versicherten gegenüber allen wesentlichen Beteiligten des Gesundheitswesens zu vertreten. Die Innungskrankenkassen stehen für fünf Millionen Versicherte.